

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/212

Bonn, den 7. November 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>SPD - das stabilste Element der deutschen Demokratie</u> Zum Ergebnis der Landtagswahlen in Hessen	68
2	<u>Das Parlament hat das Wort</u> Regierungskrise darf kein Tabu bleiben	49
3 - 4	<u>Spanien - die Geburtswehen einer Demokratie</u> Umtriebe der Anarchisten - Studentendemonstrationen Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid	41
4	<u>Weitere Trübung des Verhältnisses Spanien zu Portugal ?</u> Salazar durch Karikatur beleidigt	30
5 - 6	<u>Sozialdemokratie in Europa</u> Ein Buch, herausgegeben von Herbert Wehner Von Egon C. Heinrich + + +	89

SPD - das stabilste Element der deutschen Demokratie

Zum Ergebnis der Landtagswahlen in Hessen

sp - Nicht nur die deutsche, auch die internationale Öffentlichkeit, soweit sie an innerdeutschen Entwicklungen ein Interesse bekundet, blickt mit Spannung auf die am letzten Sonntag abgehaltenen Wahlen zum Landtag in Hessen. Im Zusammenhang mit dem Geschehen auf der Bonner Bühne kam ihnen eine weit über das Land Hessen hinausreichende Bedeutung zu. Ohne Zweifel gab für die Entscheidung vieler Wähler die Bonner Malaise den Ausschlag.

Und das Ergebnis? Wieder einmal erwies sich die SPD als das stabilste Element der deutschen Demokratie. Seit zwanzig Jahren regieren die Sozialdemokraten in Hessen und sie werden auch unter Führung des staatsmännisch erprobten Georg-August Z i n n auch für die nächsten vier Jahre die Geschicke dieses blühenden Landes leiten. Zinn wird keine Schwierigkeiten mit der Regierungsbildung haben. Er ist nicht auf zweifelhaftes, die Würde der Demokratie schädigende Experimente angewiesen wie sein Kollege Moyers von Nordrhein-Westfalen. Der alte und neue Ministerpräsident stützt sich auf eine solide Mehrheit von 52 von insgesamt 94 Sitzen.

Die Sozialdemokraten haben im Vergleich zu der letzten Landtagswahl ein zusätzliches Mandat gewonnen und ihre Wählerbasis um rund 100 000 Stimmen erweitern können. Sie liegen sogar mit einem Mehr von 80 000 Stimmen über dem Ergebnis der letzten Bundestagswahl. Ihre stärksten Erfolge erzielten die Sozialdemokraten in den katholischen Gebieten um Fulda und Limburg, die einst als nicht zu erschütternde Hochburgen der CDU galten. Hier wiederholte sich der gleiche Prozeß der Auflockerung und der Abwanderung katholischer Arbeitnehmerschichten von der CDU zur SPD hin, wie zuvor bei den Wahlen im Saarland, in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen.

Dieser höchst bedeutsame Vorgang beleuchtet eine nicht mehr aufzuhaltende Entwicklung, in der sich das veränderte Erscheinungsbild der Sozialdemokratie spiegelt. Einstige Vorurteile lassen sich nicht mehr neu beleben und einstige ideologische Barrieren nicht wieder neu errichten; die katholischen Arbeitnehmerschichten wählen nun die Partei, von der sie sich die beste Sicherheit und den Ausbau des sozialen Realstatus erwarten; die CDU gerät dabei ins Hintertreffen, ihr als links bezeichneter Flügel verliert den Boden.

Für die CDU bedeutet das Wahlergebnis in Hessen eine schwere Enttäuschung. Nach außen hin mag der Verlust von zwei Mandaten und 14 000 Stimmen im Vergleich zur letzten Landtagswahl nicht schwer zu Buche schlagen. Die CDU zieht daraus einen gewissen Trost. Doch dies wird der Wirklichkeit nicht gerecht; sie ist für diese Partei von schmerzlicher Natur. Nur über ein Viertel der hessischen Wähler steht heute hinter dieser krisengeschüttelten Partei. Noch bei den letzten Bundestagswahlen entfielen auf die CDU rund 1 158 000 Erststimmen; von diesen hat sie innerhalb Jahresfrist rund 400 000 Stimmen verloren, ein Verlust, der voll auf das Konto des Unglückskanzlers und der inneren Zerfahrenheit der Unionsparteien geht. Die Flucht von Stammwählern gerade in den für sicher gehaltenen katholischen Gebieten berührt die Substanz der CDU, beweist ihre abnehmende und nicht mehr aufzuholende Werbekraft. Sie weiß schon, weshalb sie sich so heftig gegen Neuwahlen für den Bundestag sträubt...

Für die FDP ist das Wahlergebnis vielschichtig. Sie hat in den ländlichen Gebieten verloren und in den Großstädten zugenommen. Aber auch sie verlor ein Landtagsmandat und fast 10 000 Stimmen. Insofern machte sich ihr spektakulärer Austritt aus der Bonner Regierung nicht bezahlt, er trug keine Zinsen, er war eine Fehlspekulation, was nicht ohne Einfluß auf die Bundesszenerie sein dürfte.

Vom makabren Bonner Schauspiel bezogen die Nationaldemokraten hohe Gewinne. Ihr achtprozentiger Stimmenanteil ist wohl der Niederschlag des allgemeinen Unbehagens und der Enttäuschung über das, was Bonn in diesen Tagen und Wochen bietet. Diese Partei ist weder national noch demokratisch, sie züchtet antidemokratische Ressentiments und erhofft sich von der Wiederkehr eines verschwommenen deutschen Nationalismus die Rückeroberung der Welt von gestern. Hier gilt es aufzupassen. Die NPD steht, auf lange Sicht gesehen, auf verlorenem Posten, doch kann sie genug Unfug stiften und dem Ansehen der Bundesrepublik schweren Schaden zufügen. Über alle Gegensätze hinweg bleiben alle demokratischen Parteien zur höchsten Wachsamkeit aufgerufen, wobei es nicht zuletzt um die Trockenlegung des Bodens geht, auf dem solche Sumpfbüthen gedeihen.

Das Parlament hat das Wort

Regierungskrise darf kein Tabu bleiben

sp - Immer gibt es - besonders in Deutschland - Juristen, die behaupten, man könne politisch dies oder jenes nicht tun, weil es gegen den Paragraphen sowieso verstoße oder nicht mit ihm in Einklang zu bringen sei. So geht es jetzt auch mit dem Artikel 68 des Grundgesetzes, der angeblich nicht erlaube, daß die SPD einen Antrag im Bundestag einbringt, durch den der Bundeskanzler die Möglichkeit erhalten soll, ein Vertrauensvotum des Parlaments zu fordern.

Nirgendwo ist im Grundgesetz untersagt, daß der vom Volk gewählte Bundestag nicht das Recht hätte, in Form einer Willenserklärung zu sagen, was die Volksvertretung in einer besonders schwierigen Situation für notwendig hält. Niemand bestreitet dem Bundeskanzler das Recht, die Stellung der Vertrauensfrage abzulehnen. Aber niemand kann die demokratisch gewählte Volksvertretung der Pflicht entheben, ihrer Meinung klar und öffentlich Ausdruck zu geben.

In jüngster Vergangenheit ist oft behauptet worden, der Bundestag nehme seine Pflichten nicht ernst genug; er überlasse allzu oft Stellungnahmen, die notwendig erscheinen, einzelnen Politikern oder ihren Beauftragten. Oft war auch schon von einer "Interview-Demokratie" die Rede, die sich breit mache, weil das Parlament zu häufig darauf verzichte, in Rede und Gegenrede der Abgeordneten und in Form von Beschlüssen zu bestimmten Fragen Stellung zu nehmen.

Jetzt sagt man, - gottlob nicht überall! -, der Bundestag dürfe nicht Stellung nehmen, weil ein bestimmter Paragraph ihm dies eigentlich untersage.

Wenn irgend jemand meint und wenn sogar Parlamentarier glauben, das Parlament solle oder müsse darüber schweigen, daß wir nur noch eine Minderheitsregierung haben, dann soll er das politisch begründen.

Der am Dienstag im Bundestag zur Debatte stehende SPD-Antrag zielt unmißverständlich darauf ab, die Situation, in der sich die Bundesrepublik befindet, **p o l i t i s c h** zu analysieren und das Parlament zu einer **p o l i t i s c h e n** Entscheidung zu veranlassen. Der immer noch antierende Bundeskanzler kann nachher machen, was er will, er kann sich hinter Paragraphen verschanzen und an sein Amt festklammern; er kann aber auch durch eine persönliche Entscheidung den Weg zur Vorbereitung politischer Entscheidungen ebnen, die nicht nur die gegenwärtige Opposition im Parlament für notwendig hält, sondern erwiesenermaßen auch seine eigenen Parteifreunde.

Die Sozialdemokratie warnt davor, diesen ganzen Komplex als ein ausschließlich juristisches Problem zu betrachten. Es läßt sich durchaus eine Lösung finden, die den verfassungsrechtlichen Gegebenheiten entspricht, die aber gleichzeitig den an das Parlament gestellten politischen Forderungen gerecht wird. Der Bundestag hat die Chance, einen entscheidenden Beitrag zur Klärung einer Situation zu leisten, die nachgerade unerträglich wird, und die - falls das Parlament nicht aktiv wird - der sogenannten Staatsverdrossenheit von Teilen unserer Bevölkerung Vorschub leistet.

Spanien - die Geburtswehen einer Demokratie

Untriebe der Anarchisten - Studentendemonstrationen

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Die Geburtswehen der spanischen Demokratie sind unvermeidlich - die Zuspitzung der Universitätskrise in Madrid und Barcelona gehört ebenso zu diesem unruhigen Panorama des vorwinterlichen Spaniens wie die geplatzte Entführung einer "hohen amerikanischen Persönlichkeit" durch sechs Anarchisten. Nach spanischer und amerikanischer Lesart ist damit die beabsichtigte Entführung des amtierenden JS-Botschafters Angier Biddle-Duke gemeint, die der bereits an der Entführung des spanischen Kirchendiplomaten Monsignor Ussia in Rom im vergangenen Dezember beteiligte und nach seiner Verhaftung in Hungerstreik getretene Anarchist Luis Andrés Edo von einer Mietwohnung aus organisieren wollte. Die Entführung sollte das ohnehin nicht spannungsfreie Verhältnis zwischen Madrid und Washington weiter belasten. Vielfach wird ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der geplanten Entführung und dem geplanten Prozess gegen die US-Regierung gesehen, der dem "Atom-bomben-Fischer" von Palomares, Francisco Simó-Orts, eine Entschädigung ("Finderlohn") von fünf Millionen Dollar einbringen soll.

Als die gescheiterte Entführung des Botschafters und die Festnahme von sechs in Paris ansässigen spanischen Anarchisten bekannt wurde, wetteten das Falange-Organ "Arriba" (Madrid) und die Madrider Nachmittagszeitung "Madrid" gegen zwei studentische Meetings in Madrid und Barcelona, die "subversiven Zielen" gedient haben sollen. In der Aula der juristischen Fakultät von Madrid hatten sich etwa 600 Studenten zur Feier des "Tages gegen die Unterdrückung" versammelt - der im vergangenen Januar wegen seiner Solidarität mit der Studentenbewegung von seinem Lehrstuhl entfernte Professor Garcia Calvo war bei dieser Veranstaltung aufgetreten und hatte die Studenten ermahnt, "nicht gegen die polizeiliche Willkür, sondern gegen die Unterdrückung der akademischen Freiheiten" zu protestieren. Die Madrider Studenten veranstalteten ihr Meeting aus Solidarität mit den Kommilitonen von Barcelona, die ebenfalls in Anwesenheit von Vertretern des Klerus und der Arbeiterschaft eine ähnliche Veranstaltung durchführten, ohne dass die Polizei dagegen einge-

schritten wäre.

Die Zeitung "Madrid" rief natürlich nach der Polizei, die ihrerseits an solch unpopulären Aktionen wie die Auflösung von Demonstrationen und Veranstaltungen aus naheliegenden Gründen nicht stark interessiert ist.

"Lehrstuhl für Subvention", wetterte "Ariba" gegen die Madrider Veranstaltung; an deren Teilnehmer unter anderen auch der in Dänemark befindliche, ebenfalls gemäßregelte Madrider Jura-Professor J.L. López-Aranguren ein Grußwort gesandt hatte.

+ + +

Weitere Trübung des Verhältnisses Spaniens zu Portugal

Salazar durch Karikatur beleidigt

sp - Die spanisch-portugiesischen Verhandlungen über die Landungsrechte der spanischen Fluggesellschaft "Iberia" in Lissabon sind in eine fast ausweglose Sackgasse geraten. Gleichzeitig erklärte sich die portugiesische Botschaft zu einem Vergleich mit der Madrider Wirtschaftszeitung "3E" bereit, die damit ein Gerichtsverfahren gegen diese Zeitschrift unterbindet. Das Blatt hatte aus Anlaß des portugiesischen Landeverbots für "Iberia"-Flugzeuge eine beißende Karikatur veröffentlicht, die offensichtlich den portugiesischen Regierungschef Salazar durch den Kakao zog. Im nunmehr veröffentlichten Vergleich heißt es, beide Seiten hätten sich davon überzeugt, daß dem Blatt eine Beleidigung Salazars ferngelogen habe - doch die Karikatur, das steht so gut wie fest, war doch auf diesen gemünzt. Normalerweise wird in Spanien die "Beleidigung eines befreundeten Staats- oder Regierungschefs" besonders streng geahndet.

Nach diesem Vergleich ist mancher Beobachter zu der Frage provoziert worden, ob Salazar in Madrid noch als befreundeter Regierungschef angesehen wird. Darüber kann man nur Vermutungen anstellen, denn die spanische Regierung wird sich hüten, allzu viele Einzelheiten über das nicht ungetrübte Verhältnis zum portugiesischen Nachbarn preiszugeben - und mit gutem Grund, denn Madrid möchte unter allen Umständen versuchen, angesichts der innenpolitischen spürbaren Geburtswehen einer Demokratie nicht noch außenpolitische Belastungen zu übernehmen, die für die spanischen Behörden ohnehin schwer zu verkraften wären.

In Zusammenhang mit den Flügen von Bundeswehr-Flugzeugen nach Beja (Portugal) präzisierte jetzt das Außenministerium in Madrid, entsprechende Abmachungen mit Bonn seien nicht zustande gekommen. Wie bisher müßten die deutschen Behörden um Einzelgenehmigungen "angemessene Zeit vor dem Flug" nachsuchen. Diese Praxis werde in absehbarer Zeit nicht geändert.

+ + +

Sozialdemokratie in Europa

Ein Buch, herausgegeben von Herbert Wehner

Von Egon C. Heinrich

Als die Sozialdemokratische Partei Deutschlands 1963 ihr 100-jähriges Bestehen feierte, schlug Herbert Wehner dem Parteivor-sitzenden Erich Ollenhauer vor, führende sozialdemokratische Po-litiker europäischer Länder um eine Schilderung des sozialdemokra-tischen Wirkens in ihrem eigenen Land zu bitten. Dies sollte sozu-sagen ein literarisch-politisches Geburtstagsgeschenk der Bruder-parteien für die SPD werden.

Als Ergebnis der Anregung ist im Verlag J.F.W. Dietz Nachf., Han-nover, das Buch "Sozialdemokratie in Europa" erschienen (242 S. DM 12,80). Wie H. Wehner als Herausgeber in seinem Vorwort betont, hatte es nahegele-gen, nach dem Tode Erich Ollenhauers im Dezember 1963 aus der Schrift ein Erich-Ollenhauer-Gedächtnisbuch zu machen. Herbert Wehner ist dann aber bei der mit Ollenhauer selbst vereinbarten Form ge-blieben, in der Überzeugung, daß die fast 20 Originalbeiträge füh-render europäischer Sozialdemokraten ihren Eigenwert haben und fol-gendes anschaulich machen sollen:

1. Sozialdemokratisches Wirken in einer Reihe europäischer Län-der,
2. Entwicklungen der sozialdemokratischen Ideen,
3. Impulse, die sozialdemokratische Parteien aus Erfahrungen von Schwesterparteien bekommen haben.

Obwohl also kein Erich Ollenhauer-Gedächtnisbuch im engeren Sin-ne, steht das Werk doch weitgehend im Zeichen dieses vorbildlichen und international anerkannten Sozialdemokraten. Das zeigt sich nicht nur an der Würdigung von Leben und Wirken Erich Ollenhauers durch Willi Eichler. Wenige Wochen vor seinem frühen Tode war Ollenhauer in Amsterdam zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale ge-wählt worden. Jahrelang hatte er den europäischen parlamentarischen Versammlungen und als Gründungsmitglied dem Aktionskomitee Jean Mon-nets für die Vereinigten Staaten von Europa angehört. Mit den meisten der leitenden europäischen Sozialdemokraten verband ihn daher aus der europäischen Arbeit oder auch aus der Zeit des Exils eine enge per-sönliche Freundschaft.

An dem Buch "Sozialdemokratie in Europa" sind 15 Autoren be-teiligt. Darunter befinden sich so bekannte internationale Namen wie Tage Erländer, Per Hækkerup, Bruno Püttermann, Einar Gerhardsen, Guy Mollet, Léo Collard und Väinö Tanner. Daneben kommen auch jene Sozialdemokraten zu Wort, denen es aufgrund einer faschistischer oder kommunistischen Zwangsherrschaft nicht möglich ist, in ihrem Heimat-land für den demokratischen Sozialismus zu wirken. Hier sind Rodolfo López (Spanien), Zivko Topalovitch (Jugoslawien), Bruno Kalnins (Lettland) und Zygmunt Zarembka (Polen) zu nennen.

So heterogen die einzelnen Aufsätze auch sein mögen und ob die Verfasser nun an der Regierung, in Opposition oder im Exil arbeiten

mögen, sie alle beweisen, daß die Sozialdemokratischen Parteien in ganz Europa seit ihrer Gründung für Demokratie, Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit und soziale Gleichberechtigung gekämpft haben. Der schwedische Ministerpräsident Tage Erlander mag dabei dem Ziel sozialdemokratischer Politik am nächsten gekommen sein, wenn er sagen kann: "Wir Sozialdemokraten haben aus der Utopie eine Gesellschaft wirklicher Freiheit gemacht."

Die Aufsätze schildern zunächst den Weg der einzelnen Parteien von der Gründung in den achtziger oder neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Gemeinsam ist allen sozialdemokratischen Parteien, daß sie sich während der überwiegenden Zeit ihrer Geschichte gegen brutale Unterdrückung zu wehren hatten. In einzelnen Ländern wurden die Parteien unter blutigen Opfern mehrmals völlig zerschlagen. Erschütternde Beispiele dafür sind Spanien und Lettland. Nur die skandinavischen Länder, mit Ausnahme Finnlands, hatten es "etwas leichter". Bei der Darstellung des politischen Wirkens wird insbesondere auf die Beziehungen zur deutschen Sozialdemokratie eingegangen. Die große und starke, gut organisierte Sozialdemokratische Partei Deutschlands wurde seit je als ideologischer Lehrmeister für die sozialdemokratische Bewegung in Europa betrachtet. So erzählt Bruno Kalnins, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Lettlands, daß der lettische Dichter J. Rainis 1894 den Parteivorstand der SPD und die Redaktion des "Vorwärts" in Berlin besuchte. Rainis hatte damals eine Kette sozialistischer Literatur mitbekommen. In seinen Erinnerungen schrieb er darüber: "Aus meinem Koffer erwuchs die sozialdemokratische Bewegung in Lettland".

Andererseits beweist aber gerade das vorliegende Buch, was in den anderen Parteien geleistet wurde und wieviel die SPD von ihren Schwesterparteien lernen kann. Nicht nur parteihistorisch sind jene Kapitel für die deutschen Leser besonders interessant, in denen auf die Beziehungen und Verbindungen der einzelnen Parteien mit der SPD abgehoben wird. Bruno Pittermann und Väinö Tanner widmen diesen Beziehungen besonders großen Raum. Leider enthält das Buch keine Beiträge über die sozialdemokratischen Parteien in England, Italien und Israel. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die infrage kommenden Freunde Erich Ollenhausers darauf verzichteten, sie um Beiträge zu bitten. Da Per Hækkerup und Guy Mollet ebenfalls nicht die Zeit für eine eingehende Darstellung ihrer Parteien hatten, wurde von beiden Politikern eine Rede abgedruckt.

Trotzdem ist das Buch ein Kompendium sozialdemokratischer Taten und sozialdemokratischer Politik in Europa während der vergangenen 80 Jahre. Es will indessen keine wissenschaftlich-umfassende Darstellung sein. Wer in Europa heute und in Zukunft Politik, vor allem sozialdemokratische Politik, gestalten will, darf an diesem Werk nicht vorübergehen.